von Gliscynski, Florian Bündnis 90/ Grüne-Fraktion
 Wehrend, Lutz CDU-Fraktion
 Züge, Rainer SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter

Brandt, Joachim
 Cugaly, Ralf
 Löwe, Cornelia
 Paulus, Wolfgang, Dr.
 Schier, Manfred, Erster Beigeordneter
 Wittenberg, Karin

Schriftführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Aharchi, Loubna SPD-Fraktion
 Freynick, Jörn FDP-Fraktion
 Görg-Mager, Tina Bündnis 90/Grüne-Fraktion
 Marx, Bernd CDU-Fraktion
 Mael, Sascha CDU-Fraktion
 Meyer, Thomas CDU-Fraktion
 Montenarh, Stefan UWG/Forum-Fraktion
 Schwarz, Wolfgang CDU-Fraktion

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 63/2022 vom 23.06.2022	
4	Entwurf des Kreishaushaltes für die Jahre 2023/2024	504/2022-2
5	Bericht des Kämmerers zur finanziellen Situation	432/2022-2
6	Umsatzsteuerneuregelung nach § 2b UStG	471/2022-2
7	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2022	485/2022-2
8	Prüfung, Feststellung Jahresabschluss 2021 der Stadt Bornheim	400/2022-8
9	Größenabhängige Befreiung vom Gesamtabschluss für das Jahr 2021	311/2022-2
10	Einführung eines Energiesparmodells an den Schulen der Stadt Bornheim	377/2022-12
11	Feststellung des Jahresabschlusses des Wasserwerks der Stadt Bornheim für das Wirtschaftsjahr 2021 und Verwendung des Jahresgewinns	388/2022-SBB
12	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der IT-Prüfung nach §104, Abs. 1, Nr. 3, GO NRW durch die Stadt Aachen	407/2022-11
13	1. Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim	524/2022-1
14	11. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bornheim vom 11.11.2004	405/2022-1
15	Wahl zur Vertretung der Stadt Bornheim in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V.	509/2022-1
16	Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	416/2022-1

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
17	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und B'90/Grüne vom 24.05.2021 betr. Übertragung von Ratssitzungen als Livestream	365/2021-1
18	Antrag der FDP-Fraktion vom 20.06.2022 betr. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans	414/2022-7
19	Antrag der FDP-Fraktion vom 28.06.2022 betr. Offensive für ein attraktives Stadtbild, Sauberkeit und Ordnung in Bornheim	423/2022-12
20	Sachstand betr. Flüchtlingssituation	500/2022-5
21	Mitteilung betr. Durchführung von digitalen oder hybriden Rats- und Ausschusssitzungen	424/2022-1
22	Mitteilung betr. Umsetzung des interkommunalen Klimafolgenanpassungskonzepts in Bornheim	501/2022-12
23	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich Rat, öffentlich)	433/2022-1
24	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	513/2022-1
25	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Christoph Becker eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Die FDP-Fraktion beantragt den Tagesordnungspunkt 33 in der nächsten Ratssitzung zu behandeln.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters die Tagesordnungspunkte 14, 30, 32 und 33 von der Tagesordnung abzusetzen.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-13, 15-25.

<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Einwohnerfragestunde
----------	-----------------------------

Die Einwohnerfragestunde entfällt, da keine Fragen vorliegen.

3	Entgegennahme der Niederschrift Nr. 63/2022 vom 23.06.2022
----------	---

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 63/2022 vom 23.06.2022 keine Einwände.

4	Entwurf des Kreishaushaltes für die Jahre 2023/2024	504/2022-2
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat

- bedankt sich für die frühzeitige Beteiligung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden an der Haushaltsaufstellung des Kreises
- betrachtet die Aufwandsentwicklung im Öffentlichen Personennahverkehr, bei den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch sowie in der Gebäudeunterhaltung mit großer Sorge
- fordert den Rhein-Sieg-Kreis auf,
 - an dem Einsatz der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 60 Mio. € zum Ausgleich der Ergebnispläne in den Haushaltsjahren 2023 bis 2027 festzuhalten
 - den Umlagesatz so weit zu senken, dass das ursprünglich geplante Umlageaufkommen sichergestellt werden kann
- regt an, die in den Jahren 2020 bis 2024 isolierten Corona-bedingten Verschlechterungen einmalig durch Eigenkapitaleinsatz zu decken und dadurch den Kreishaushalt ab 2025 zu entlasten.

- Einstimmig -

5	Bericht des Kämmerers zur finanziellen Situation	432/2022-2
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen des Stadtkämmerers zur Kenntnis.

- Einstimmig -

6	Umsatzsteuerneuregelung nach § 2b UStG	471/2022-2
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt, die Mehrbelastungen der Umsatzsteuer grundsätzlich an die Leistungsempfänger*innen weiterzugeben.

- Einstimmig -

7	Zustimmung zu Mehraufwendungen und Mehrausgaben im Haushaltsjahr 2022	485/2022-2
----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat stimmt gem. § 83 GO NRW den überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 in den nachfolgenden Produktgruppen zu:

- a) Produktgruppe 1.01.15 Gebäudewirtschaft in Höhe von 950.000 EUR
- b) Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste in Höhe von 140.000 EUR
- c) Produktgruppe 1.01.01 Politische Gremien in Höhe von 215.000 EUR und
- d) Projekt 5.000.500 Zentrale Dienste in Höhe von 25.000 EUR.

- Einstimmig -

8	Prüfung, Feststellung Jahresabschluss 2021 der Stadt Bornheim	400/2022-8
----------	--	-------------------

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung des Jahresabschlusses 2021 und des Lageberichtes 2021 sowie den Prüfungsbericht zur Kenntnis.
2. Der Rat stellt den geprüften Jahresabschluss der Stadt Bornheim für das Haushaltsjahr 2021 gemäß § 96 Abs. 1 S. 1 GO NRW fest.
3. Der Rat beschließt gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW den Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 3.099.503,41 EUR der Allgemeinen Rücklage zuzuführen.
4. Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister gemäß § 96 Abs. 1 S. 5 GO NRW die Entlastung.

- Einstimmig -

9	Größenabhängige Befreiung vom Gesamtabchluss für das Jahr 2021	311/2022-2
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Rat stellt fest, dass die Voraussetzungen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW vorliegen und beschließt die Befreiung der Stadt Bornheim von der Pflicht, einen Gesamtabchluss und einen Gesamtlagebericht für das Haushaltsjahr 2021 aufzustellen. Für das Haushaltsjahr 2021 wird kein Gesamtabchluss und Gesamtlagebericht erstellt.

- Einstimmig -

10	Einführung eines Energiesparmodells an den Schulen der Stadt Bornheim	377/2022-12
-----------	--	--------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt,

- das Energiesparmodell an den Schulen unter Voraussetzung der Förderzusage als Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität in Bornheim einzuführen,
- den Eigenanteil zu finanzieren

und beauftragt die Verwaltung,

- die hierfür erforderlichen Finanzmittel gem. Darstellung des Gesamtaufwands in den finanziellen Auswirkungen über den Veränderungsnachweis für das Haushaltsjahr 23/24 in die Haushaltsberatungen einzubringen
- sowie für die folgenden Haushaltsjahre 2025-27 einzuplanen
- und regelmäßig an die Gremien einmal jährlich zu berichten.

- Einstimmig -

11	Feststellung des Jahresabschlusses des Wasserwerks der Stadt Bornheim für das Wirtschaftsjahr 2021 und Verwendung des Jahresgewinns	388/2022-SBB
-----------	--	---------------------

Beschluss:

Der Rat

1. stellt den geprüften Jahresabschluss des Wasserwerks der Stadt Bornheim zum 31.12.2021 gemäß § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW (EigVO NRW) fest,
2. nimmt den Lagebericht 2021 zur Kenntnis,
3. beschließt, den festgestellten Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2021 in Höhe von 551.076,52 Euro in den Gewinnvortrag einzustellen
4. erteilt dem Betriebsausschuss gemäß § 4 EigVO NRW die Entlastung.

- Einstimmig –

12	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgabe der IT-Prüfung nach §104, Abs. 1, Nr. 3, GO NRW durch die Stadt Aachen	407/2022-11
-----------	---	--------------------

Beschluss:

Der Rat mandatiert die Stadt Aachen die Aufgabe der IT-Prüfung nach § 104 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW für die Stadt Bornheim gemäß den Regelungen der im Entwurf beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ab dem 01.01.2023 wahrzunehmen.

- Einstimmig -

13	1. Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim	524/2022-1
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim

Die Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim vom 01.03.2019 werden wie folgt geändert:

1. Ziff. 1.3 erhält folgende, geänderte Fassung:

„Für alle Aufträge gelten die im Runderlass Kommunale Vergabegrundsätze angegebenen Wertgrenzen (aktueller Stand August 2022). Wird der Runderlass Kommunale Vergabegrundsätze angepasst, so passen sich auch die Wertgrenzen der Vergaberichtlinien der Stadt Bornheim automatisch an den aktuellen Runderlass an.“

2. Ziff. 3.3 erhält folgende, geänderte Fassung:

„Liefer- und Dienstleistungen sowie Bauleistungen mit einem vorab geschätzten Auftragswert bis 25.000 € (netto) können unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit ohne Durchführung eines Vergabeverfahrens jeweils im Wege eines Direktauftrages beschafft werden. Dabei soll zwischen den beauftragten Unternehmen gewechselt werden, wenn dies technisch umsetzbar und ohne unverhältnismäßig hohen Mehraufwand möglich ist.“

3. Ziff. 3.4.1 erhält folgende, geänderte Fassung:

„Bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen kann bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 100.000 € (netto) wahlweise eine Beschränkte Ausschreibung oder eine Verhandlungsvergabe (jeweils auch ohne Teilnahmewettbewerb) durchgeführt werden. Es sind grundsätzlich mindestens drei Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufzufordern (§ 11 Abs. 1 UVgO; § 12 Abs. 2 S. 1 UVgO).“

4. Ziff. 3.4.2 erhält folgende, geänderte Fassung:

„Bei Aufträgen über soziale und andere besondere Dienstleistungen im Sinne des § 130 Abs. 1 GWB kann abweichend von § 49 UVgO bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert in Höhe von 250.000 € (netto) eine Beschränkte Ausschreibung mit oder ohne Teilnahmewettbewerb oder eine Verhandlungsvergabe mit und ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden. Dabei sind grundsätzlich mindestens drei Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern (§ 11 Abs. 1 UVgO; § 12 Abs. 2 S. 1 UVgO).“

5. Ziff. 3.4.2. erhält folgende, geänderte Fassung:

„Aufträge über Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden, sind ab 25.000 € (netto) grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben. Dabei ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie es nach der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist (§ 50 UVgO). Auch hier soll zwischen den beauftragten Unternehmen gewechselt werden, wenn dies technisch umsetzbar und ohne unverhältnismäßig hohen Mehraufwand möglich ist.“

6. Ziff. 3.5 erhält folgende, geänderte Fassung:

Bei Aufträgen über Bauleistungen bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert von 100.000 € (netto) für jedes Gewerk oder einem vorab geschätzten Gesamtauftragswert von 200.000 € (netto) kann eine Freihändige Vergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden. Bei einer Freihändigen Vergabe ohne Teilnahmewettbewerb sind grundsätzlich mindestens drei Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern.

Bei Aufträgen über Bauleistungen bis zu einem vorab geschätzten Auftragswert von 1.000.000 € (netto) für jedes Gewerk oder einem vorab geschätzten Gesamtauftragswert von 2.000.000 € (netto) kann eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden. Dabei sind grundsätzlich mindestens drei Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufzufordern (§ 3b Abs. 3 VOB/A).

7. Ziff. 4:

Es entfällt der Satz „Ein Hinweis auf die Bekanntmachung ist im Amtsblatt der Stadt Bornheim zu veröffentlichen.“

8. Ziff. 5.4

Es entfällt der Satz: „Einzelaufträge aus Rahmenverträgen dürfen 5.000, -- € nicht überschreiten.“

9. Neufassung Ziff. 5.5:

„Einzelaufträge aus Rahmenverträgen mit einem Auftragswert über 15.000 € (netto), sind vor Auftragserteilung der Zentralen Vergabestelle zur Prüfung vorzulegen.“

10. Ziff. 6.3 erhält folgende, geänderte Fassung:

„Vergabeverfahren mit einem vorab geschätzten Auftragswert ab 25.000 € (netto) werden von der Zentralen Vergabestelle durchgeführt. Eine Abweichung hiervon bedarf vorab der Zustimmung der Zentralen Vergabestelle und das durchgeführte Verfahren ist vor Auftragserteilung der Zentralen Vergabestelle vorzulegen.“

- Einstimmig -

14	11. Satzung zur Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bornheim vom 11.11.2004	405/2022-1
----	---	-------------------

- abgesetzt -

15	Wahl zur Vertretung der Stadt Bornheim in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V.	509/2022-1
----	--	-------------------

Beschluss:

Der Rat bestellt Frau Rita Attanasio zur stellvertretenden Vertreterin der Stadt in der Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW e.V. für die Dauer der Wahlperiode des Rates.

- Einstimmig -

16	Ergänzungswahlen zu Ausschüssen	416/2022-1
----	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Ratsmitglieder wählen aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages

1.1. in den **Fachausschuss Volkshochschule**

- a) als Mitglied Frau SKB **Sabine Kluth**, ABB-Fraktion, als Ersatz für das bisherige Mitglied Frau SKB Ute Faßbender-Heck.
- b) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Christiane Hoffmann**, ABB-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der ABB-Fraktion.

1.2. in den **Ausschuss für Umwelt, Klima, Landwirtschaft, Wald und Natur**

- a) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Christiane Hoffmann**, ABB-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der ABB-Fraktion.

1.3. in den **Ausschuss für Soziales, Inklusion und Demographie**

- a) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Traude Castor-Cursiefen**, Fraktion B'90/Die Grünen, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der Fraktion B'90/Die Grünen.

1.4. in den **Stadtentwicklungsausschuss**

- a) als Mitglied Frau SKB **Traude Castor-Cursiefen**, Fraktion B'90/Die Grünen, als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Frau Ratsmitglied Katrin Kappenstein.

1.5. in den **Wahlprüfungsausschuss**

- a) als Mitglied Herrn RM **Markus Hochgartz**, Fraktion B'90/Die Grünen, als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Frau Ratsmitglied Katrin Kappenstein.

1.6. in den **Wahlausschuss**

- a) als Mitglied Herrn RM **Arnd Kuhn**, Fraktion B'90/Die Grünen, als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Frau Ratsmitglied Katrin Kappenstein.

1.7. in den **Betriebsausschuss**

- a) als Mitglied Herrn RM **Marcel Weiler**, Fraktion B'90/Die Grünen, als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Frau Ratsmitglied Katrin Kappenstein.
- b) als Mitglied Herrn SKB **Hans-Peter Fantini**, FDP-Fraktion, als Ersatz für das bisherige Mitglied Herr Ratsmitglied Christian Koch.
- c) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Annie Devos-Fiedler**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- d) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Elisa Färber**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- e) als stv. sachkundige Bürgerin Frau **Jennifer Kotula**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- f) als stv. sachkundigen Bürger Herr **Carsten Albrecht**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- g) als stv. sachkundigen Bürger Herr **Alexander Kreckel**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- h) als stv. sachkundigen Bürger Herr **Daniel Wagner-Gedanitz**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- i) als stv. sachkundigen Bürger Herr **Olaf Willems**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.
- j) als stv. sachkundigen Bürger Herr **Steffen Zander**, FDP-Fraktion, einrückend in die alphabetische Reihenfolge der stv. Mitglieder der FDP-Fraktion.

1.8. in den **Verwaltungsrat des Stadtbetriebes AöR**

- a) als Mitglied Herrn RM **Marcel Weiler**, Fraktion B'90/Die Grünen, als Ersatz für das ausgeschiedene Mitglied Frau Ratsmitglied Katrin Kappenstein.

- b) als Mitglied Herr SKB **Hans-Peter Fantini**, FDP-Fraktion, als Ersatz für das bisherige Mitglied Herr Ratsmitglied Christian Koch.
- c) als persönlichen Stellvertreter (für Herrn Hans-Peter Fantini) Herr Ratsmitglied **Christian Koch**, FDP-Fraktion, als Ersatz für den bisherigen persönlichen Stellvertreter Herr Ratsmitglied Matthias Kabon.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Frau Katrin Kopp und Herr Mario Schmidt die Tätigkeiten als sachkundige/r Bürger/in für die SPD-Fraktion nicht mehr wahrnehmen.

- Einstimmig -

17	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und B'90/Grüne vom 24.05.2021 betr. Übertragung von Ratssitzungen als Livestream	365/2021-1
-----------	---	-------------------

Beschluss

Der Rat beschließt vorerst auf eine Übertragung von Ratssitzungen als Livestream zu verzichten.

- Einstimmig -

18	Antrag der FDP-Fraktion vom 20.06.2022 betr. Neuaufstellung des Flächennutzungsplans	414/2022-7
-----------	---	-------------------

Der Antrag der FDP-Fraktion den Bürgermeister zu beauftragen, den Aufstellungsbeschluss für eine Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Bornheim vorzubereiten und dem Rat für den Prozess der Neuaufstellung ein Konzept inklusive Zeitplan vorzulegen, sobald der neue Regionalplan vorliegt, wird mit einem Stimmenverhältnis von
 02 Stimmen für den Antrag (FDP)
 41 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, ABB, Lehmann, Schumacher, BM)
 abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dem Antrag der FDP-Fraktion auf Neuaufstellung des Flächennutzungsplans nicht stattzugeben.

Abstimmungsergebnis

- 41 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, ABB, Lehmann, Schumacher, BM)
- 02 Stimmen gegen den Beschluss (FDP)

19	Antrag der FDP-Fraktion vom 28.06.2022 betr. Offensive für ein attraktives Stadtbild, Sauberkeit und Ordnung in Bornheim	423/2022-12
-----------	---	--------------------

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung

- Einstimmig -

20	Sachstand betr. Flüchtlingssituation	500/2022-5
-----------	---	-------------------

-Kenntnis genommen-

Zusatzfragen

RM Hanft

1. Was sind die Hintergründe für die vielen Zuwächse in den letzten Wochen und um welchen Personenkreis handelt es sich?

Antwort:

Es sind vorrangig ukrainische Geflüchtete/Schutzsuchende und eine erhöhte Anzahl von afghanischen Ortskräften. Die Hintergründe können nur gemutmaßt werden, z.B. das Kriegsgeschehen um das Atomkraftwerk. Das Ministerium gibt eine auslaufende Visafreiheit als Begründung an.

2. betr. Anwendung des Königsteiner Schlüssels
Seit wann findet der Königsteiner Schlüssel wieder Anwendung?

Antwort:

Seit wann der Königsteiner Schlüssel Anwendung findet, kann nicht mitgeteilt werden. Es wird überlegt, dass dieser Schlüssel neu berechnet werden soll und die Erfüllungsquote mit neuen Abfragen anzupassen. Auf die genauen Ergebnisse der Überprüfung wird erwartet.

RM von Gliscynski

Wie schnell wäre die Verwaltung wieder in der Lage, die Turnhalle zur Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen umzubauen?

Antwort:

Normalerweise 2 Wochen. Da aber alle Sachen bereits angeschafft sind, wird es vermutlich etwas schneller gehen.

RM Schumacher

Wie hoch ist der Anteil an Männern im wehrpflichtigen Alter?

Antwort:

Genauere Zahlen können nicht genannt werden. Der überwiegende Anteil sind Familien bzw. Schutzbedürftige mit ihren Müttern.

RM Breuer betr. 55-60% Kostendeckung über Land, Bund und Kreis

Wie viel Euro sind das?

Antwort:

Im Jahresabschluss werden dazu in der Produktgruppe Informationen geliefert.

RM Schumacher

Befinden sich unter den ukrainischen Flüchtlingen auch Personen aus Drittstaaten, und wie viele sind das?

Antwort:

Wird mitgeteilt.

21	Mitteilung betr. Durchführung von digitalen oder hybriden Rats- und Ausschusssitzungen	424/2022-1
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen –

Zusatzfrage RM Hanft betr. vorletzter Absatz

Bedeutet das, dass die Gemeindeprüfungsanstalt für die Software, die dabei zum Einsatz kommen soll, verantwortlich ist, und eine verpflichtende Empfehlung abgibt?

Antwort:

Ja, die wird durch die Gemeindeprüfungsanstalt zertifiziert, weil umfangreiche Sicherheitsüberprüfungen notwendig sind.

22	Mitteilung betr. Umsetzung des interkommunalen Klimafolgenanpassungskonzepts in Bornheim	501/2022-12
-----------	---	--------------------

- Kenntnis genommen -

23	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich Rat, öffentlich)	433/2022-1
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

24	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	513/2022-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

Keine.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Von der Sitzungsvorlage-Nr. 513/2022-1 Kenntnis genommen.

25	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

RM Schumacher betr. Antwort zu meiner Anfrage ob Anträge zum Tagesordnungspunkt „Große Anfragen“ zulässig sind

Haben sie bei ihrer Antwort auch § 16 Abs. 1 der Geschäftsordnung beachtet, wonach jedes Ratsmitglied berechtigt ist, zu jedem Punkt der Tagesordnung Anträge zu stellen, um eine Entscheidung des Rates zur Sache herbeizuführen, und § 91 des Einführungsgesetzes der Landtagsgeschäftsordnung, wonach Anträge zu großen Anfragen zulässig sind?

Antwort:

Es war keine andere Antwort möglich.

Die anderen Vorschriften können nochmals geprüft werden.

Der Tagesordnungspunkt Anfragen mündlich ist dazu da, kurze Fragen zu stellen, die von der Verwaltung kurz beantwortet werden können. Ihre Frage kann darunter nicht eingeordnet werden.

Der Bürgermeister bittet, dass wenn ein ernsthaftes Interesse an der Klärung dieser Frage besteht, sich schriftlich an die Verwaltung zu wenden, damit dazu dezidiert Stellung genommen werden kann.

RM Dr. Böhme betr. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.08.2022, Arbeit des Stabs für außergewöhnliche Ereignisse - Vorsorgemaßnahmen und Notfallszenarien (SAE – VuN), Vorkehrungen für einen Ausfall der Gasversorgung.

1. Gibt es Vorbereitungen im Hinblick auf die sozialen Aspekte des anstehenden Winters, insbesondere darauf, dass Menschen durch die gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Energie in finanzielle Not geraten dürften?

Antwort:

Diese Vorbereitungen laufen.

2. Wie steht die Verwaltung zu dem Vorschlag, alle einschlägigen sozialen Einrichtungen und Organisationen wie Caritas, Diakonie, Kirchen, LebEKa (Tafeln), den Paritätischen Rhein-Sieg, das Stadtteilbüro, VdK usw., in einem noch näher zu bestimmenden Format einzuladen, um gemeinsam zu eruiieren und zu überlegen, wie

man die Möglichkeiten koordinieren und weiterentwickeln könnte?

Antwort:

Ein derartiges Sozialraumgespräch gibt es. Das Format ist bekannt und ein neues Gespräch ist bereits terminiert. Es wird überlegt Schwerpunktthemen nach Bedarf in der Bevölkerung zu setzen, z.B. Überschuldung, Wohnraum etc.

RM Peters

Gibt es einen neuen Sachstand bezüglich Kita Windrad?

Antwort:

Die Untersuchungen sind beauftragt und wurden durchgeführt. Derzeit läuft die Auswertung. Im Laufe des Septembers werden erste Erkenntnisse erwartet. Bis dahin ist eine Unterbringung in der Rilkestraße vorgesehen.

RM Prinz betr. gesperrter Bahnübergang Linie 16 Isarstraße

Wenn ein Eisenbahnübergang über einen gewissen Zeitraum geschlossen ist, wird der dann nach einer bestimmten Frist entwidmet, sofern niemand dagegen protestiert hat?

Antwort:

Grundsätzlich gibt es eine solche Frist nicht.

Der Bahnübergang Kolberger Straße in Sechtem wurde geschlossen. Dabei handelte es sich um ein förmliches Verfahren unter Mitwirkung der Stadtverwaltung.

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

gez. Christoph Becker
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung